



## 6. Voranschlag 2015 / Genehmigung GR Geschäft Nr. 30/2014

Gemeinderatspräsident Patrick Schnider (SP/Grüne) erklärt den Verhandlungsablauf sowie das Abstimmungsverfahren. In der Eintretensdebatte wird zuerst das Eintreten oder Nichteintreten beschlossen. Bei Eintreten wird anschliessend die Detailberatung durchgeführt. Wenn in der Detailberatung zu den einzelnen Abschnitten in der Laufenden Rechnung sowie in der Investitionsrechnung keine Anträge gestellt werden, gelten sie als genehmigt. Über die Abschreibungstabelle und den Bericht des Stadtrates zum Voranschlag finden keine Detailberatungen statt, da die entsprechenden Zahlen Bestandteil der Laufenden Rechnung bzw. der Investitionsrechnung sind. Nach der Detailberatung über die Laufende Rechnung und über die Investitionsrechnung findet jeweils eine Zwischenabstimmung über die bereinigte Laufende Rechnung bzw. über die bereinigte Investitionsrechnung statt. Anschliessend findet die Beratung über die Höhe des Steuerfusses und dessen Festlegung statt. In einer Schlussabstimmung wird dann gesamthaft über die Annahme bzw. Ablehnung des Voranschlages abgestimmt. Gegen dieses Vorgehen werden auf Nachfrage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände erhoben.

### a) Eintretensdebatte

*Referat GRPK-Präsidentin Andrea Kennel  
„Gesamtsicht des Budgets“*

Ein Budget besteht aus vielen Zahlen und Abweichungen gegenüber der Vergangenheit. Es ist der Plan, wie das vorhandene Geld investiert oder realistischer „gesprochen“ wird. Es ist eine Auflistung der Ausgaben, die grössten Teils gesetzlich vorgeschrieben sind. Betrachten wir die Zahlen von Dübendorf, so sehen wir, dass sowohl beim Aufwand als auch Ertrag eine Steigerung absehbar ist und damit ein ähnlicher Aufwandüberschuss budgetiert ist, wie im 2014. Also offensichtlich nicht viel Neues für eine wachsende Stadt. Betrachten wir aber die Details je Abteilung, dann sehen wir, dass die Aufwandsteigerung vor allem in zwei Abteilungen markant ist. Somit ist nachvollziehbar, dass die GRPK vor allem in diesen beiden Bereichen viele Fragen gestellt hat. Doch auch die anderen Bereiche und die Investitionsrechnung wurden von der GRPK unter die Lupe genommen.

#### *Wie haben wir geprüft?*

Wie bereits erwähnt, sind viele Aufgaben einer Gemeinde vorgeschrieben. Damit belaufen sich viele Ausgaben jedes Jahr in ähnlichem Rahmen. Daher legt die GRPK ihren Fokus auf die Abweichungen zum Vorjahr. Diese Abweichungen sind im Differenzenkommentar jeweils begründet. Viele der Fragen der GRPK beziehen sich somit auf Abweichungen, deren Begründung nicht klar war. Dazu kamen diverse Fragen zur Investitionsrechnung und auch Fragen zu den Löhnen und dem Stellenplan. Die Fragen wurden in der GRPK gesammelt und dem Stadtrat zur Beantwortung weitergegeben. Die Fragen, die trotz schriftlicher Beantwortung noch offen blieben, wurden von einer Delegation des Stadtrates mündlich beantwortet.

#### *Kritische Bemerkungen und offene Punkte*

Generell wurden die Löhne genauer betrachtet. Um hier die Entwicklung zu sehen, wurden der bewilligte Stellenplan sowie die Grundlagen für das Budget 2014 und das Budget 2015 verlangt. Diese Zahlen zeigen, wo genau im 2015 eine Stellenaufstockung geplant ist. Vergleicht man die geplanten Stellen mit dem bewilligten Stellenplan, so sieht man, dass der bewilligte Stellenplan nie überschritten und in einigen Abteilungen unterschritten wird. Ein weiterer Punkt, der zu Fragen geführt hat, ist das Konto 1650.3660, Kleinkinderbetreuungsgesetz (KKBG), Beitragszahlungen. Die Rechnung 2013 schloss mit ca. Fr. 716'000.00 ab. Das Budget 2014 liegt mit Fr. 216'000.00 viel tiefer und das Budget 2015 mit Fr. 700'000.00 in ähnlichem Rahmen wie beim Jahresabschluss 2013. Die Ausgangslage ist hier nicht ganz einfach. Das KKBG wurde auf kantonaler Ebene geändert, was zu einer massiven Steigerung der Kosten geführt hat. Daher wurde dieses Gesetz dann gleich nochmals angepasst. Das macht eine Budgetierung nicht gerade einfach. Die GRPK hatte daher nach der



Hochrechnung 2014 gefragt. Der Finanzvorstand hat bei der mündlichen Beratung erwähnt, dass die Beträge 2014 beträchtlich höher sind als budgetiert. Letzten Freitag hat die GRPK dann endlich die Hochrechnung 2014 erhalten, die von einem Aufwand von Fr. 1.5 Mio. ausgeht. Für das Jahr 2015 rechnet der Stadtrat nun mit einem Aufwand zwischen Fr. 1.1 und Fr. 1.2 Mio. Das bedeutet, dass das Budget um ca. Fr. 0.5 Mio. nicht stimmt. Es ist verständlich, dass Budgetpositionen, die von Gesetzesänderungen betroffen sind, schwierig zu budgetieren sind. Erschwerend kommt dazu, dass die erste Budgetierung relativ früh gemacht werden muss. Bei Positionen, bei denen es Abweichungen von mehreren Hunderttausend Franken geben kann, dürfte man aber sicher erwarten, dass diese vor der Verabschiedung durch den Stadtrat nochmals überprüft werden. Absolut minimal dürfte man aber erwarten, dass der Stadtrat auf Grund der Fragen der GRPK die Hochrechnung 2014 erstellt und konsultiert. Beides wurde offensichtlich nicht gemacht. Sowohl die Verwaltung als auch der zuständige Stadtrat als auch der Finanzvorstand hätten hier reagieren müssen. Es darf nicht sein, dass ein Budgetfehler von Fr. 0.5 Mio. einfach so hingenommen wird. Hier sieht die GRPK einen klaren Handlungsbedarf und wird in der Detailberatung einen entsprechenden Antrag stellen. Die GRPK sieht aber auch einen Handlungsbedarf beim Stadtrat und erwartet in Zukunft mehr Interesse an einer möglichst verlässlichen und genauen Budgetierung. Bei der Primarschule im Bereich 19 wurde vor allem das Budget bezüglich Lehrerlöhnen hinterfragt. Hier haben wir das Problem, dass die meisten Lehrerlöhne über den Kanton abgerechnet werden, die Gemeinde aber 80 % der Lohnsumme zu berappen hat. Wobei man hier nicht um Rappen, sondern um Millionen geht. Bei den Lehrkräften gibt der Kanton auch die Anzahl der Vollzeiteinheiten (VZE) vor, also die Anzahl der bewilligten Stellen, die vom Kanton mitfinanziert werden. Zusätzlich kann die Gemeinde weitere Lehrer einstellen, die aber dann vom Kanton nicht mitfinanziert werden. Bezüglich der Lehrerlöhne und vor allem deren überdurchschnittliche Steigerung hat die GRPK in den vergangenen Jahren schon mehrmals Fragen gestellt. Die Antworten waren immer, dass es kaum möglich sei, hier einen besseren Überblick zu erhalten, da die meisten Löhne eben vom Kanton festgesetzt und abgerechnet werden. Dieses Jahr wollte die GRPK hier aber mehr Zahlen sehen, um die Zusammenhänge besser zu verstehen. Die Primarschule gab sich Mühe, hier die gewünschten Zahlen zu liefern. Doch gab sich die Primarschule nicht nur Mühe, sie hatte auch Mühe. Sie hatte Mühe, die Fragen verständlich zu beantworten und Zahlen zu liefern, die in sich konsistent sind. Die GRPK muss feststellen, dass hier klar ein Handlungsbedarf besteht. Dieser wird auch von der Primarschule eingesehen. Mit den Zahlen und Unterlagen, die in der kurzen Zeit der Budgetprüfung bereitgestellt werden konnten, war es der GRPK nicht möglich, die budgetierten Zahlen nach zu vollziehen. Daher wurde eine Rückweisung des Budgets im Bereich 19 diskutiert. Eine Mehrheit der GRPK ist aber klar der Meinung, dass wir mit einer Rückweisung das gemeinsame Ziel einer besseren Transparenz nicht erreichen. Die GRPK ist aber mit der Situation gar nicht zufrieden. Um dieser Meinung der gesamten GRPK Nachdruck zu verleihen habe ich als Präsidentin den Auftrag, der Primarschule die gelbe Karte zu zeigen. Die Primarschulpräsidentin hat der GRPK versprochen, bis zum Februar 2015 die Zahlen so aufzubereiten, dass diese nachvollziehbar und aussagekräftig sind. Mit der gelben Karte möchten wir der Forderung nach Transparenz Nachdruck verleihen. Wir sind uns aber bewusst, dass dabei auch die GRPK selber gefordert ist. Daher hat die GRPK eine Unterkommission von 4 Personen bestimmt, die hier mit der Primarschule zusammenarbeiten wird.

Bei der Investitionsrechnung löste Konto 1090.5030.25 (Liegenschaft Bettli) grössere Diskussionen aus. Nachdem schon für Fr. 60'000.00 Studien zur Zukunft der WBK gemacht wurden, hat der Stadtrat nun für 2014/2015 weitere Fr. 100'000.00 für ein neues Konzept bewilligt. In der Diskussion wurde aber klar, dass der GRPK die Idee und das Ziel dieses Konzeptes nicht klar ist. Der Stadtpräsident hat der GRPK angeboten, das Konzept in einer separaten Sitzung zu erläutern. Die GRPK wird auf dieses Angebot eingehen, um in diesem Rahmen weitere Fragen klären zu können. Beim Gesamtergebnis stellt auch die GRPK eine Aufwandsteigerung fest. Damit auch in Zukunft sinnvolle und nötige Investitionen möglich sind, ist es wichtig, Ausgaben zu hinterfragen. In diesem Zusammenhang misst die GRPK folgendem Legislaturziel prioritäre Bedeutung bei:

«Ein Instrument der Schuldenbremse wird entwickelt und in einer formellen gesetzlichen Grundlage verankert.»



## *Formales*

Zum Schluss komme ich noch zum Formalen. Wer das Budget genau studiert hat, hat sicher festgestellt, dass die Konten nicht mehr der Reihe nach und teils auch nicht mehr in denselben Bereichen angesiedelt sind. Die Auflösung dieses Rätsels ist auf Seite 10 zu finden. Wegen einer Reorganisation wurde der Bereich 10 auf mehrere Gruppen aufgeteilt. Weiter wurden einzelne Konten verschoben. So ist bspw. das Konto 1740, Kinder und Jugendarbeit, nicht mehr im Bereich 17, Bildung, sondern neu unter Einwohnerdienste. Dies scheint kompliziert, doch sei dies für die Verwaltung einfacher, als eine neue Nummerierung der Konten. Kommt dazu, dass die Einführung von HRM2 geplant ist. Dann wird sowieso der gesamte Kontenplan überarbeitet.

## *Dank*

Sie sehen, die Arbeit der GRPK ist nicht immer einfach. Daher möchte ich mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen der GRPK für ihren Einsatz und die guten Fragen beantworten. Bei der Verwaltung und beim Stadtrat möchte ich mich für die ebenso vielen Antworten und vor allem für die offene Kommunikation bedanken.“

## Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine.

## Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

Der Finanzvorstand erklärt aufgrund seiner PowerPoint-Präsentation folgende Entwicklungen:

- Aufwandentwicklung und Landesindex 1987-2018
- Nettoaufwand und Schülerzahlen der Primarschule 1990-2015
- Gesetzliche wirtschaftliche Hilfe ab 1991-2015
- Zusatzleistungen zur AHV/IV 1991-2015
- Pflegefinanzierung 2012-2015
- Nettoinvestitionen 1987-2018
- Steuern 1989-2018
- Steuerfussbereinigte Steuern (lineare Regression) 1990-2018
- Steuerfussverlauf mit Grundsteuern 1987-2018
- Steuerkraftentwicklung Dübendorf vs. Kanton 1989-2014
- Nettoschuld 1987-2018
- Entwicklung verzinsliche Schuld 1987-2018
- Selbstfinanzierungsgrad und Steuerfuss Planperiode

Die Hochrechnung der Zahlen des aktuellen Jahres 2014 zeigt folgendes:

- Die Laufende Rechnung lag im August mit ca. 0.5 Mio. über dem Voranschlag, im Dezember mit der Korrektur aufgrund des Kleinkinderbetreuungsgesetzes ist der Betrag 1.3 Mio. über dem Voranschlag
- Die Investitionsrechnung wird mind. 0.3 Mio. unter dem Voranschlag zu liegend kommen. Es wurden 77 % der budgetierten Investitionen entsprochen.
- Der Steuerertrag liegt rund 1.1 Mio. über dem Voranschlag
- Die Grundstückgewinnsteuer liegt 1.476 Mio. über dem Voranschlag
- Die Verschulung der Politischen Gemeinde wird um rund 0.5 Mio. ansteigen.

Es wurden keine kurzfristigen Massnahmen getroffen.

Der Voranschlag 2015 zeigt folgende Zahlen:

Nettoaufwand:	Fr.	-77'350'000.00	( +	1.546 Mio.	gegenüber Vorjahr)
Ertrag	Fr.	74'993'000.00	( -	0.364 Mio.	gegenüber Vorjahr)
	Fr.	7'000'000.00	( +	0.500 Mio.	gegenüber Vorjahr)
Investitionen	Fr.	-15'188'000.00	( -	2.114 Mio.	gegenüber Vorjahr)



Nettoergebnis	Fr.	- 2'656'000.00	(Aufwandüberschuss)
Verschuldung	Fr.	6'093'000.00	

Finanzvorstand Martin Bäumle führt folgende Schlussfolgerungen zum Voranschlag 2015 aus:

- Wachstumsprognose: Die Steuererträge 2014 sind auf Budgetkurs. Der Finanzplan wird deshalb wir im unverändert Vorjahres-Finanzplan optimistisch eingeschätzt.
- Die Grundsteuern werden auf 8.0 Mio. erhöht erwartet.
- Das Basisszenario ist mit vergleichbaren Risiken behaftet wie im Vorjahr.
- Der Aufwand aus der Laufenden Rechnung konnte nicht im Rahmen der Finanzplanung gehalten werden und wird trotz Budgetüberarbeitung um rund 2.0 Mio. deutlich überschritten und kann nur dank erhöhtem Finanzausgleich teilweise ausgeglichen werden.
- Die Investitionsrechnung sollte ab 2015 wegen Einzelposten weiter ansteigen (Birchlen, Alters- und Spitexzentrum, weitere Schulhäuser, Tiefbauten etc.)
- Wegen unveränderter Entwicklung der Einnahmen bei erhöhten Ausgaben sinkt der Cashflow ohne Steuerfusserhöhung ab 2017 gegenüber der Vorjahresprognose.
- Zielvorgaben des Stadtrates und die Budgetphase für den Voranschlag 2015 wirkten nur teilweise aufwanddämpfend.
- Die verzinslichen Schulden werden ansteigen, wobei dies immer noch aus den Vorjahres-Resultaten finanziert werden kann.
- Dübendorf ist finanziell nach positiven Jahren immer noch gut aufgestellt und kann eine gewisse Neuverschuldung verkraften.
- Die vorgenommenen Senkungen des Steuerfusses 2009 und 2012 können wohl wegen der erwarteten hohen Investitionen insbesondere bei den Schulen, im Tiefbau und beim Alters- und Spitexzentrum ab 2017 nicht vollständig erhalten bleiben. Ausser die Steuern steigen übermässig an oder die Investitionsrechnung und vor allem der Aufwand der Laufenden Rechnung werden klarer in Richtung Szenario Basisminus priorisiert.

Zum Schluss seines Referats zeigt der Finanzvorstand die Ziele des Stadtrates im Finanzplan 2014 – 2018 auf und erklärt dabei auch, welche davon erreicht werden könnten und welche nicht:

1. Reduktion des Wachstums beim Nettoaufwand in der Laufenden Rechnung (möglich).
  2. Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 100 % im 5-Jahresmittel (nicht möglich).
  3. Die Verschuldung beträgt am Ende der Legislaturperiode nicht mehr als Fr. 50 Mio. (möglich).
  4. Es besteht keine Nettoschuld (möglich).
  5. Erhaltung eines langfristig stabilen und attraktiven Steuerfusses (eher nicht möglich).
- Es soll eine Schuldenbremse als neues Instrument eingeführt werden.

## Allgemeine Diskussion zur Eintretensdebatte

*Patrick Walder (SVP)*

„Wie bereits bei der Verabschiedung der Rechnung 2013 vorhergesagt, steigen die Kosten in der Schule dramatisch und kontinuierlich an. In diesem Jahr legte die SVP-Fraktion in der GRPK den Fokus auf die Primarschule. Spricht man die Kosten der Primarschule an, kommen von den Verantwortlichen immer dieselben Aussagen, die Kosten seien durch den Kanton fremdbestimmt und die Gemeinde hätte keinen Einfluss. Argumente, welches schlicht und einfach nicht stimmen. Diverses Kosten können durch die Gemeinden beeinflusst werden – hierbei geht es zum Beispiel um Minimal- oder Maximal-Lösungen bei der Umsetzung des Volksschulgesetzes. In intensiver und zeitaufwendiger Arbeit haben wir das Budget studiert und in der ersten Runde extrem viele Fragen der Primarschulpflege formuliert. Zum Vergleich, die Abteilung Soziales, welche den zweitgrössten Budgetposten in Dübendorf ausweist, hatte knapp ein Fünftel der Fragen zu beantworten. Leider wurden in der ersten Fragerunde die meisten Fragen im Bereich Schule nicht beantwortet, sodass die Schule ganze 10 Anschlussfragen erhalten hat. Auch hier wiederum der Vergleich, in der Abteilung Soziales war es noch eine Anschlussfrage. Wie jedes Jahr sollten die dann noch offenen



Anschlussfragen im Gespräch mit der Stadtratsdelegation, in der auch die Primarschulpflegepräsidentin vertreten war, geklärt werden. Mit grossem Bedauern müssen wir feststellen, dass weiterhin 5 Anschlussfragen bis heute unbeantwortet sind. Und genau diese Fragen haben es in sich. Es sind Fragen zu Konten, bei welchen die Gemeinde Einfluss aufs Budget nehmen kann. Es geht hier insbesondere um die Sonderpädagogischen Massnahmen, die Umsetzung der Vollzeiteinheiten (Stellenprozente der Angestellten) und dergleichen. Nun frage ich Sie, meine Damen und Herren, wie sollen wir Anträge stellen, wenn wir die Grundlagen der Millionenkonten nicht kennen? Wie kann das Budget seriös erstellt worden sein, wenn die Primarschulpflege nicht in der Lage ist, uns diese Fragen fristgerecht zu beantworten? Kann eine solche Blockade von der zuständigen Rechnungsprüfungskommission einfach so akzeptiert und durchgewunken werden? Ich hege hierzu grosse Zweifel. Die sinnvollste Variante in einer solch unangenehmen Situation wäre es, allen Beteiligten Zeit zu geben, um die Budgetgrundlagen übersichtlich und verständlich zusammen zu tragen und das Budget nochmals vorzulegen. Das würde allerdings eine Rückweisung des Budgets erfordern. Ein solcher Antrag blieb jedoch in der GRPK chancenlos, weshalb ich die Erfolgchancen im Gemeinderat nicht grösser beurteile und daher auch keinen Rückweisungsantrag stellen werde. Offensichtlich ist eine Mehrheit in der GRPK der Meinung, dass trotz der fehlenden Grundlagen für die Millionenkonten, trotz der Unterlassung der Beantwortung der Fragen durch die Primarschulpflege eine sogenannte, und durch die GRPK-Präsidentin erwähnte, gelbe Karte ausreicht. Eine grosse Verantwortung, welche die GRPK hier übernimmt. Ich hoffe nur, dass diese Strategie, einfach die Fragen der GRPK nicht zu beantworten - die GRPK werde es dann schon durchwinken - nicht auf andere Abteilungen abfärbt. Es wäre eine gefährliche Entwicklung, welche wir selber verschuldet hätten. Stellen Sie sich dies mal in der Privatwirtschaft vor. Das Controlling verlangt Antworten zu Konten und erhält diese aus den Abteilungen nicht. Undenkbar, nicht wahr? Aber natürlich kann man die Politik nicht mit der Privatwirtschaft vergleichen, in der Privatwirtschaft geht es ja um eigenes Geld, in der Politik geht es um das Geld anderer. Wie die GRPK-Präsidentin erwähnt hat, wird nun eine Unterkommission der GRPK zu den Finanzen der Primarschule gegründet. Eine Unterkommission, welche die Erstellung der Grundlagen für das Budget kontrollieren und begleiten soll. Sicher eine gute Massnahme der GRPK, welche ich voll und ganz unterstütze. Was wir uns bewusst sein müssen, mit dieser Unterkommission verlieren wir bei der Primarschule nicht 1 Jahr, sondern 1½ Jahre, da die nächste Korrektur erst nach Ablauf des Schuljahrs 2015/2016 vorgenommen werden kann. Da ich mir sicher bin, dass rund 1 Million im Budget der Primarschule eingespart werden kann, ohne dass es die Schülerinnen und Schüler oder die Eltern merken, setzen wird heute Abend 1,5 Millionen in den Sand. Eigentlich schade! Aber was soll ich als Parlamentarier tun. Wenn ich keine Grundlagen zu den Zahlen erhalte und diese Grundlagen nicht vor der Verabschiedung des Budgets vorliegen, muss ich mich der gewählten Mehrheit fügen. Diese Vorkommnisse sind schon sehr frustrierend. Es ist eine riesen Arbeit für uns Miliz-Parlamentarier aller Parteien, ein solch umfangreiches Budget zu studieren und sinnvolle, wichtige Fragen zu stellen und dann trotz dreimaligem Nachhacken noch immer keine befriedigende Antwort zu bekommen. Nichtsdestotrotz wird die SVP-Fraktion bei diesem Thema nicht locker lassen und aktiv und konstruktiv bei der neugebildeten Unterkommission mitarbeiten. Wir werden dem Eintreten zum Budget zustimmen.“

### *Patrick Schärli (CVP)*

„Die Steuerkraft pro Einwohner der Stadt Dübendorf im Jahr 2013 liegt mit 443 Franken nicht nur markante 12,7 % unter dem kantonalen Durchschnitt, sie hat auch gegenüber 2012 überdurchschnittlich stark abgenommen, nämlich um 2,5 %, wobei das kantonale Mittel um lediglich 0,3 % zurückging. Die Abnahme der Steuerkraft in Dübendorf ist keine neue Entwicklung, sondern ein seit mehreren Jahren anhaltender Trend. Der Unterschied in der Steuerertragskraft wird aber zum Glück via Ressourcenzuschuss zu einem grossen Teil wieder wettgemacht, ist aber alles in allem ein sehr ungesunder Verlauf. Nach der Meinung der CVP ist eine der Ursachen für die Steuerkraft-Abnahme die Verschlechterung der Mischung an Steuerzahlern. Im Vergleich mit den anderen Gemeinden haben wir zu wenig „gute“ Steuerzahler. Was meinen wir damit? Was macht einen



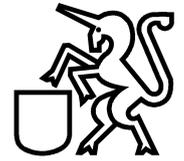
solchen gesunden Mix aus? Nach unserer Ansicht sind das vor allem Familien und Einzelpersonen aller Altersklassen aus dem Mittelstand. Es ist unsere Aufgabe, allen Menschen hier in Dübendorf Platz bieten zu können, auch den schwächeren, aber der Mittelstand ist unsere Stütze. Sie sind es, die so viel Einkommen haben, dass sie regulär Steuern bezahlen und gleichzeitig benötigen sie in der Regel keine finanzielle Unterstützung der öffentlichen Hand. Sie sind es, die einen positiven Einfluss auf die durchschnittliche Steuerkraft haben. Wir müssen darüber diskutieren, wie wir vermehrt den Mittelstand nach Dübendorf bringen und ihn hier halten können, um den negativen Trend zu stoppen und in eine positive Richtung zu drehen. Wie kann es uns aber gelingen, Dübendorf für den Mittelstand wieder attraktiver zu machen?

- Wir müssen bezahlbaren Wohnraum, vor allem auch für Familien, zur Verfügung stellen – und wir sprechen hier nicht von sozialem Wohnungsbau – sondern von Wohnungen im mittleren Preissegment.
- Wir müssen das Image und die Attraktivität von Dübendorf steigern, indem wir eine attraktive Zentrumsgestaltung betreiben, sowie das Ortszentrum aufwerten. Wir zum Beispiel das Leepünt-Areal, das Bahnhofgebiet und den Glattraum. Zudem ist es zwingend notwendig, dass Projekte die im Investitionsprogramm bereits reserviert sind, auch umgesetzt werden. Ein Zurückhalten von Investitionen gefährdet die Entwicklung und die Infrastruktur unserer Stadt.
- Wir müssen die Verkehrsberuhigung in den belasteten Wohnquartieren vorantreiben. Genau aus diesen Überlegungen hat die CVP auch die Initiative Tempo-30 befürwortet.
- Wir müssen bezahlbare und attraktive Angebote für Familien, Kinder und Jugendliche schaffen, die am Leben in Dübendorf interessiert sind und nicht nur die gute Verkehrsanbindung suchen.

Vom Zuzug von Familien und Einzelpersonen aus dem Mittelstand werden nicht nur die Stadt und ihr Steuerfuss profitieren, sondern auch das Gewerbe, die Schule und die Ortsvereine. Denn genau diese Bevölkerungsschicht will sich am Wohnort integrieren und zuhause fühlen.“

*Hans Baumann (SP/Grüne)*

„Wenn ich im Namen unserer Fraktion zum Voranschlag 2015 Stellung nehme, stelle ich fest, dass ich etwas ganz ähnliches sagen muss, wie in meinem Votum vor einem Jahr. Das sehe ich nicht als gutes Zeichen für die Entwicklung der Finanzen und der Investitionen in unserer Stadt. Wie im Vorjahr rechnet der Stadtrat mit einem Fehlbetrag von Fr. 2.7 Millionen in der laufenden Rechnung. Die höheren Investitionen führen zu einem Absinken des Selbstfinanzierungsgrads auf ca. 55 Prozent. Die Nettoaufwendungen werden etwas weniger ansteigen als in den letzten Jahren und der Anstieg kann grösstenteils durch Mehreinnahmen bei den Steuern und beim Ressourcenzuschuss ausgeglichen werden. Die Finanzsituation der Stadt wird also auch 2015 noch relativ gut aussehen. Wir werden dem Voranschlag zustimmen und voraussichtlich dieses Jahr auch keinen Antrag auf Steuerfusserhöhung stellen. Voraussetzung ist natürlich, dass heute keine überraschenden Anträge, z.B. auf Kürzung wesentlicher Positionen oder ähnliches gestellt werden. Grosse Sorge macht uns aber die mittelfristige Entwicklung. Nachdem die Stadt jahrelang auf nötige Investitionen verzichtet oder diese aufgeschoben hat, gibt es jetzt einen grossen Nachholbedarf und es sind in den nächsten vier Jahren gemäss Finanzplan Investitionen von 133 Millionen Franken vorgesehen. Die beiden grössten Brocken sind sicher die Schulhäuser und das Alters- und Spitexzentrum mit je gegen 40 Millionen Franken. Hinzu kommen Strassensanierungen und Kanalisationserneuerung. Wir sind der Meinung, dass all dies nötige Investitionen sind. Die Schulhäuser und das Alters- und Spitexzentrum sind bewilligte Projekte, die wir realisieren müssen. Auch ist es gefährlich, nötige Sanierungen von Strassen und Kanalisation aufzuschieben. Wenn die Infrastruktur einmal ganz verlottert ist, werden diese Sanierungen nur teuer und es gibt hohe Folgekosten. Für 2015 ist eine Neuverschuldung noch nicht nötig. Wir glauben auch, dass es danach vertretbar ist, wenn sich die Stadt neu verschuldet, um Neubauten oder werterhaltende oder werterhöhende Sanierungen zu realisieren. Denn dadurch entsteht auf der Aktiv-Seite der Bilanz ja ein Gegenwert. Wir sind aber nicht so sicher, dass dies der Finanzvorstand und die Mehrheit im Stadt- und Gemeinderat auch so sehen. Denn wiederum spricht man im Bericht zum Voranschlag von „Priorisierung und Reduktion“ des Investitionsprogramms. Das



ist aus unserer Sicht falsch. Wenn wir gegen Ende des Jahres 2015 sehen, dass die Verschuldung zu stark steigen könnte, muss der Steuerfuss im Jahr 2016 angehoben werden, anstatt bei den Investitionen zu sparen. Die geplante (wenn auch für uns etwas überraschende) Senkung des Steuerfusses der Sekundarschule ergäbe hier einen gewissen Spielraum für die Stadt. Sauer aufgestossen ist mir auch, dass der Stadtrat im Finanzplan die Investitionen teilweise mit Desinvestitionen in der Höhe von 6 Millionen „finanzieren“ will. Das heisst, dass der Stadtrat nach wie vor städtische Liegenschaften verkaufen will, um die Rechnung zu beschönigen. Auch das können wir keinesfalls befürworten. Den Stadtrat fordern wir auf, die Entwicklungen im Jahr 2015 gut zu verfolgen und nötige Schritte rechtzeitig einzuleiten, um eine Hauruck-Politik, sei es bezüglich Investitionen, Steuerfuss, Ausgabenkürzungen oder Liegenschaftsverkäufen, zu vermeiden.“

*Andrea Kennel (SP/Grüne)*

„Ich möchte kurz auf das Votum von Patrick Walder eingehen. Das Budget der Primarschule sei unseriös und es würden Grundlagen fehlen. Wichtige Fragen seien nicht beantwortet worden und dies wird sogar noch als Strategie betitelt. Das ist eine absolut unfaire Unterstellung. Meine Wahrnehmung im Gespräch mit der GPRK war eine komplett andere. Wir wurden offen informiert und die Bereitschaft zur Transparenz wurde ganz klar signalisiert. Faktum ist: Die Zahlen sind uns soweit als möglich geliefert worden. Wir haben um einiges mehr und fundierter Informationen erhalten als in anderen Jahren. Die Bereitschaft, gemeinsam Transparenz zu schaffen, ist mit der neu besetzten Primarschule ganz klar besser gegeben als bisher. Dies ist sicher auch eine subjektive Einschätzung, trifft aber wohl das Faktum besser als die unfairen Unterstellungen, die wir von Patrick Walder gehört haben. Die Behauptung, man könne Fr. 1.5 Mio. einsparen, ist eine Behauptung und nicht mehr. Er wolle trotzdem konstruktiv zusammenarbeiten. Solche Beschuldigungen in der Öffentlichkeit sind wohl nicht konstruktiv, wenn man die Investitionen und Ausgaben der Primarschule optimieren will, und das sollte auch unser gemeinsames Ziel sein. Nicht sparen, sondern die Finanzen optimal einsetzen. Dafür müssen wir sachlich zusammenarbeiten. Darum bitte ich alle Mitglieder der GPRK, dieses Geschäft wirklich nicht politisch sondern sachlich anzupacken. Nur mit einer sachlichen Zusammenarbeit können wir hier optimieren. Wenn wir es auf die „politische Bühne“ heben, dann ist die Zusammenarbeit kaputt und wir erreichen nicht, was wir wollen, sondern nur ein politisches Hick-Hack. Und dies bringt unsere Gemeinde und die Finanzen der Stadt Dübendorf definitiv nicht weiter.“

*Tanja Boesch (EVP)*

„Die Schule scheint sehr ein brennendes Thema dazu und auch ich habe mir ein paar Gedanken dazu gemacht. Jeder von uns weiss, dass die Schule in den letzten Jahren eine Baustelle gewesen ist und es auch immer noch ist. Eine Baustelle, die teuer ist und immer teurer wird. Und leider ist auch kein Ende absehbar. Unsere Lehrer bekommen jährlich bzw. fast halbjährlich neue „Baupläne“. Man hat nicht das Gefühl, dass dies der Schule, ausser Unruhe im Schulbetrieb und das Generieren von noch mehr Verwaltungsaufwand, wirklich etwas bringe. Die Primarschule hatte in der Vergangenheit auch etwas den Hang dazu, Projekte aufzunehmen, die in anderen Gemeinden bereits abgefahren waren, wie es das Beispiel der Grundstufe zeigte. Aber man muss nicht bei jedem Projekt dabei sein, um den Kindern eine gute Schule bieten zu können. Es wäre wahrscheinlich nicht schlecht, auch bei der Schule einmal eine „Fastenwoche“ einzulegen. Sich überlegen, was die Überlegungen des Amtes für Jugend und Bildung sind und ob man wirklich all diesen Empfehlungen folgen und sie im Schulbetrieb umsetzen muss. Vielleicht kann man diese auch überdenken und zugunsten von einem ruhigeren Schulbetrieb überwerfen. Wo die Anordnungen gesetzlich vorgeschrieben sind, sind unsere Bildungspolitiker im Kanton gefragt, diese ernsthaft zu überdenken. Was sie entscheiden, hat bei uns auf kommunaler Ebene Auswirkungen. Wie das bspw. bei den Kindern ist, die jetzt noch früher in den Kindergarten müssen. Das Problem, dass diese zu klein sind, um die Türe beim Kindergarten aufzumachen, ist noch das Kleinste. Auch hier werden Kinder eingeschult, die nicht parat sind und Kosten in der Sonderpädagogik generieren werden. Wir sind nun mal keine „Hippie-Landgemeinde“ sondern eine Agglomerationsgemeinde. Wir haben andere Herausforderungen wie bspw. eine „Züri-Oberland-Gemeinde“. Wir haben mehr fremdsprachige Kinder als eine Landgemeinde. Die Kinder müssen Deutsch lernen, ab der zweiten Klasse auch Englisch und ab der



fünften dazu Französisch. Das ist eine Überforderung, und zwar nicht nur für die fremdsprachigen Kinder. Und mit den teuren ISF-Stunden, die auch im Budget ersichtlich sind, kann dieses Problem nicht gelöst werden. Was wir unseren Kindern in diesem Schulsystem nicht mehr eingestehen, ist Zeit zu haben. Zeit, sich in dem Tempo zu entwickeln, welches sie brauchen und mit dem die Lehrer nicht mehr gezwungen sind, einen Spagat in der Klasse machen zu müssen. Wir wünschen uns darum von der Primarschule, dass sie mutig ist und die Einführung von A- und Kleinklassen wieder erwägt. Das wäre eine kindgerechte Schule, in der sich Kinder ihrem Tempo entsprechend entwickeln könnten. Die Lehrer müssten keine Akrobaten mehr sein und auch unserer Budget würde entlastet werden.“

*Bildungsvorsteherin Susanne Hänni (glp/GEU)*

„Ich verstehe die Reaktion der GRPK und ich würde wahrscheinlich genau gleich reagieren. Darum möchte ich Ihnen kurz erläutern, wo die Primarschule aktuell steht. Das Thema der Nachvollziehbarkeit im Bereich des Primarschulbudgets, vor allem der Lohnkonten, ist nicht neu. Die Forderung nach mehr Transparenz und einer besseren Kostenkontrolle besteht schon seit mehreren Jahren und ist mir bekannt. Es wurden in der alten Legislatur auch bereits Schritte in die richtige Richtung eingeleitet. Dies sind bspw. eine differenziertere Verbuchung innerhalb der Lohnkonten oder auch ein standardisiertes Abklärungsverfahren der Sonderschulbedürftigkeit. Das Ziel wurde damit aber noch nicht erreicht. Das neue Team der Primarschulpflege hat sich der Thematik gleich nach dem Start im Sommer angenommen. Es hat sich dafür weitergebildet und ist dabei, sich einzuarbeiten. Zur Illustration: Wir sprechen von 13 Fachbereichen mit rund 550 Konten und von einem Schuljahr, welches nicht mit dem Kalenderjahr übereinstimmt. Das Ganze ist zudem mit der kantonalen Lohnbuchhaltung verflochten, weil die Lehrpersonen kantonal angestellt sind. Für eine Milizbehörde ist dies eine nicht ganz triviale Aufgabe. Unsere grösste Aufmerksamkeit hat darum nicht dem Budget 2015 sondern der Laufenden Rechnung und den damit zusammenhängenden Abläufen und dem Reporting gegolten. Denn hier wird momentan tatsächlich Geld ausgegeben. Es ging uns darum, uns so schnell wie möglich einen Überblick zu verschaffen. Bereits an der ersten Sitzung im September wurden einige Abläufe angepasst. Auch das Reporting steht und die Schulpflege wird mit den nötigen Kennzahlen versorgt. Diese muss jedoch noch verfeinert werden. Ich denke, wir sind gut unterwegs und werden bis in zwei Monaten so weit sein, dass die notwendige Transparenz sowohl für unsere Arbeit als auch für die Arbeit der GRPK hergestellt ist. Die massive Aufwandssteigerung im Schulbereich der letzten 10 Jahren hat mit dieser Thematik aber wenig zu tun. Die Schule wirft weder Geld zum Fenster hinaus noch leistet sie sich Luxusprojekte. Der Kanton pflegt für Lehrpersonen eine sehr grosszügige Lohnpolitik anstatt die Lehrer und Lehrerinnen endlich wirksam zu entlasten. Der Kanton optimiert sein eigenes Budget auf Kosten der Gemeinden. Der Schule dagegen werden laufend neue Fächer und Aufgaben übertragen (Bspw. Einführung von Blockzeiten und Betreuungsstunden, Englisch ab der zweiten Klasse, neuer Unterricht in Religion und Kultur, Computerunterricht, obligatorische Tagesbetreuung, zusätzlicher Deutschunterricht in der Unterstufe, zusätzlicher Deutschunterricht für Fremdsprachige etc.). Im Kindergarten und der Unterstufe haben die Kinder heute im Schnitt 8 Stunden mehr Unterricht pro Woche als noch vor zehn Jahren. Einerseits kostet dies und andererseits produziert dies auch noch überforderte Schulversager, welche dann wiederum zusätzliche Unterstützung nötig haben. Neben diesen kantonal verordneten Kostentreibern gibt es einzelne Aufgaben, über welche wir lokal verfügen und über deren Notwendigkeit wir diskutieren können. Sie liegen im Bereich zwischen 0,5 bis 2,0 % des Gesamtbudgets. Aber auch diese Leistungen haben wir nicht aus Lust am Geld ausgeben sondern aus Sorge um unsere Schulqualität eingeführt. Denn schlussendlich geht es darum, dass wir fähige junge Bürger ausbilden, welche in der Gesellschaft einen wertvollen Beitrag leisten können. Und auch, dass die Gemeinde für gutsituierte Familien attraktiv bleibt. Als letzten Punkt gibt es ein paar vereinzelte Posten, wo tatsächlich unnötig Geld ausgegeben wird. Bspw. dass wir Schwerzenbacher Musikschüler subventionieren, anstatt dass dies die Gemeinde Schwerzenbach macht. Diese Posten sind nach meiner Einschätzung zu 70 % erkannt und Korrekturen wurden eingeleitet. Ich kann Ihnen heute versichern, dass wir bis zum Abschluss der Rechnung 2014 die nötige Transparenz hergestellt haben und dass es im Jahr 2015 in der Rechnung keine bösen



Überraschungen geben wird. Ich danke Ihnen für Ihre Geduld und entschuldige mich für diesen nicht ganz optimalen Einstieg mit dem Budget 2015.“

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Das Eintreten ist somit beschlossen.

## **b) Detailberatung**

### **1.a) Laufende Rechnung, Seiten 13 bis 65**

01 Präsidialwesen, Seiten 13 bis 27

Die GRPK hat einen Änderungsantrag im Konto 1095.3642 (Sport) Zweckverband Sportanlage Dürrbach, Betriebskostenanteil.

GRPK-Präsidentin Andrea Kennel (SP/Grüne)

Konto 1095.3620 (Sport) Zweckverband Sportanlage Dürrbach, Betriebskostenanteil

Antrag Stadtrat: Fr. 140'000.00

Antrag GRPK: Fr. 152'700.00 (Abweichung: + Fr.12'700.00 S)

Zum Zeitpunkt der Budgetierung seien die Zahlen des Zweckverbandes noch nicht bekannt gewesen. Bei der Prüfung des Budgets waren diese bekannt. Daher beantragt die GRPK in Absprache mit dem Stadtrat hier eine Korrektur.“

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine.

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

„Der Stadtrat ist einverstanden. Er wird versuchen im nächsten Jahr diesen Posten allenfalls noch rechtzeitig zu korrigieren, da wir jetzt wissen, worauf wir achten müssen.“

Stellungnahme Mitglieder Gemeinderat:

Keine.

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

*Konto 1095.3620 (Sport) Zweckverband Sportanlage Dürrbach, Betriebskostenanteil*

Antrag Stadtrat: Fr. 140'000.00 H 35 Stimmen

Änderungsantrag GRPK: Fr. 152'700.00 H 0 Stimmen

**Der Änderungsantrag der GRPK wird mit 35 zu 0 Stimmen zugestimmt.**

Keine weiteren Anträge zum Kapitel 01 Präsidialwesen.

11 Finanzen, Seiten 27 bis 34	Keine Anträge, genehmigt.
12 Hochbau, Seiten 34 bis 35	Keine Anträge, genehmigt.
13 Tiefbau, Seiten 35 bis 39	Keine Anträge, genehmigt.
14 Sicherheit, Seiten 40 bis 44	Keine Anträge, genehmigt.



15 Entsorgung und Betriebe, Seiten 44 bis 47      Keine Anträge, genehmigt.

16 Soziales, Seiten 47 bis 57

Die GRPK hat einen Änderungsantrag im Konto 1650.3660 (Soziales), KKBG, Beitragszahlungen.

GRPK-Präsidentin Andrea Kennel (SP/Grüne)

„1650.3660 (Soziales), KKBG, Beitragszahlungen

Antrag Stadtrat                      Fr. 700'000.00

Antrag GRPK                          Fr. 1'200'000.00 (Abweichung: + Fr. 500'000.00 S)

Dieser Antrag konnte erst am Freitag formuliert werden und der GRPK als Zirkularbeschluss unterbreitet werden. Die Rückmeldungen, die ich erhalten habe, waren alle für den Änderungsantrag. Weiter wurden wir vom Stadtschreiber informiert, dass der Stadtrat mit dieser Änderung einverstanden ist.“

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine.

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

„Ich kann bestätigen, dass der Stadtrat auch mit dieser Änderung einverstanden ist.“

Stellungnahme Mitglieder Gemeinderat:

Keine.

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

*Konto 1650.3660 (Soziales) KKBG, Beitragszahlungen*

Antrag Stadtrat:                      Fr. 700'000.00 S    35      Stimmen

Änderungsantrag GRPK: Fr. 1'200'000.00 S    0      Stimmen

**Der Änderungsantrag der GRPK wird mit 35 zu 0 Stimmen zugestimmt.**

Keine weiteren Anträge zum Kapitel 16 Soziales.

17 Bildung, Seiten 57 bis 57

Die GRPK hat einen Änderungsantrag im Konto 1720.3642 (Bildung, Weiterbildung) WBK Dübendorf, Erstellung Entscheidungsgrundlage zukünftiger Leistungsauftrag.

GRPK-Präsidentin Andrea Kennel (SP/Grüne)

„Konto 1720.3642 (Bildung, Weiterbildung) WBK Dübendorf, Erstellung Entscheidungsgrundlage zukünftiger Leistungsauftrag

Antrag Stadtrat                      Fr. 50'000.00

Antrag GRPK                          Fr. 0.00 (Abweichung: - Fr. 50'000.00 S)

Der Betrag von 50'000.00 für die Planung „Bettli“ ist einerseits in der Laufenden Rechnung, andererseits auch in der Investitionsrechnung aufgeführt. Die Prüfung des Stadtratsbeschlusses hat ergeben, dass dieser Betrag in die Investitionsrechnung gehört. Daher beantragt die GRPK die Streichung in der laufenden Rechnung. Auch diese Korrektur wurde mit dem Stadtrat besprochen und wird von diesem unterstützt.“

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine.



## Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

„Auch hier ist der Stadtrat einverstanden. Er will aber festhalten, dass hier kein Fehler der Primarschulpflege sondern ein Fehler der Kernverwaltung vorliegt. Es war unser Fehler, dass die Umbuchung nach der Budgetrunde nicht vorgenommen wurde und die Position somit irrtümlich dringeblichen ist. Diesen Betrag kann man hier also streichen, da er doppelt vorhanden ist.“

## Stellungnahme Mitglieder Gemeinderat:

Keine.

## Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

*Konto 1720.3642 (Bildung, Weiterbildung) WBK Dübendorf, Erstellung Entscheidungsgrundlage zukünftiger Leistungsauftrag*

Antrag Stadtrat:	Fr. 50'000.00	H	36	Stimmen
Änderungsantrag GRPK:	Fr. 0.00	H	0	Stimmen

**Der Änderungsantrag der GRPK wird mit 36 zu 0 Stimmen zugestimmt.**

Keine weiteren Anträge zum Kapitel 17 Bildung.

19 Primarschule, Seiten 57 bis 65

Keine Anträge, genehmigt.

## Zwischenabstimmung über die bereinigte Laufende Rechnung

Zustimmung Laufende Rechnung	36	Stimmen
Ablehnung Laufende Rechnung	0	Stimmen

**Der Laufenden Rechnung inklusive der beschlossenen Änderungen wird mit 36 zu 0 Stimmen zugestimmt.**

### **1.b) Investitionsrechnung, Seiten 83 bis 88**

Die SVP-Fraktion stellt einen Streichungsantrag im Konto 1090.5030.25 der Investitionsrechnung.

## Sprecher SVP-Fraktion Patrick Walder

„Im Namen der SVP Fraktion beantrage ich die Streichung des Kontos 1090.5030.25 auf null. Bei diesem Konto geht es erneut um die Weiterentwicklung der WKB. Zum Anfang dieser Geschichte "Weiterentwicklung WBK": Am 08.11.2012 hat der Stadtrat einen Kredit von Fr. 60'000 für ein Konzept zur Weiterführung der WBK gesprochen, mit der Auflage innert 2 Jahre Lösungsvarianten zu erarbeiten. Die Gründe, wieso die WBK immer mehr in finanzielle Not kam und somit gemäss Stadtrat eine Weiterentwicklung notwendig wird, sind aus dem Stadtratsbeschluss vom 08.11.2012 ersichtlich. Einerseits seien kantonale Aufträge weggefallen, andererseits sei der Weiterbildungsmarkt umkämpft. Was für eine positive Nachricht, meine Damen und Herren. Wenn der Weiterbildungsmarkt umkämpft ist, sind genügend Weiterbildungsmöglichkeiten vorhanden. An Angeboten wird es somit nicht mangeln. Mit dem Stadtratsbeschluss vom 10.07.2014 sprach der Stadtrat für die Jahre 2014/2015 weitere Fr. 100'000 für ein Projekte, welches aufzeigen soll, wie die WKB überleben kann. Gemäss den nun vorliegenden Informationen besteht die Idee, aus der WKB ein neues Gebilde zu machen. Ein Haus für Bildung, Beratung und Begegnung, unter dem schönen Namen "B3". Als Aufgabe wird definiert: "Als Kernthemen stehen gesellschaftlich relevante Themenbereiche im Vordergrund." Was das genau heissen soll, wird nicht erläutert und ist äusserst unklar. Im Stadtratsbeschluss von 2014 wird erwähnt, dass für ein neues Projekt entweder eine neue Stiftung oder eine entsprechende



Anpassung des Stiftungszwecks erforderlich ist. Bevor die SVP jedoch ein komplett neues Projekt mit den Themen Bildung, Beratung und Begegnung unterstützen kann, benötigen wir weitere Informationen. Wir sind nicht gewillt Fr. 160'000 auszugeben, und dies nur für die Projektphase 1, wenn nicht einmal klar ist, ob eine Nachfolgeunternehmung für die WKB nötig und möglich ist. Nach Projektphase 1, wird sicher Projektphase 2 und 3 nicht lange auf sich warten und diese werden noch grössere Summen verschlingen. Das wäre dann eine klassische Salamtaktik, um den Gemeinderat zu umgehen. Ob zu einem späteren Zeitpunkt der Mut noch vorhanden ist, dieses Projekt zu stoppen, wenn ersichtlich wird, dass es sich nur um ein Wunschprojekt handelt, bezweifle ich stark. Der Stadtrat hat zuerst seine Ideen samt detaillierten Kosten dem Gemeinderat vorzustellen, bevor weiteres Geld verpulvert wird. Uns stehen grosse Investitionen und auch grosse Projekte bevor, darunter zum Beispiel die "Bildungslandschaft", die eventuell mit dem B3-Projekt nah verwandt sind. Darum müssen wir unbedingt jetzt den vorläufigen Not-Stopp ziehen. Die SVP-Fraktion beantragt die Kürzung dieser Investitionsposition 1090.5030.25 auf null und verlangt eine vorgehende Diskussion, bevor weiteres Geld ausgegeben wird.“

#### Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine.

#### Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

„Zuerst möchte ich darauf hinweisen, dass die Transparenz vollumfänglich gegeben ist. Insbesondere, da der Stadtrat die Budgetierung nicht in der Laufenden Rechnung, sondern in der Investitionsrechnung vorgenommen hat. Das bedeutet, dass der Stadtrat hierzu einen separaten Entscheid fällen muss, um die Konzeption aufgleisen zu können. Ebenso wurde die Transparenz gegenüber dem Gemeinderat und der GRPK vollumfänglich geschaffen. Und jederzeit wurde diskutiert und ist informiert worden, wie der momentane Planungsstand aussieht. Bezüglich der Weiterentwicklung der WBK könnte man hier lange Ausführungen machen. Grundsätzlich ist klar, dass die WBK vor einer gewissen Zeit gemerkt hat, dass die bisher erhaltenen Subventionen in der Zukunft nicht mehr eindeutig sichergestellt sind, obwohl die WBK einen Grundauftrag erfüllt. Wir sind in Diskussion mit dem Kanton und wissen nicht genau, wie es weitergehen wird. Gewisse Aufträge haben die WBK über Jahre in ein Plus gebracht, anstatt dass sie die Defizitgarantie von Fr. 250'000.00 beziehen musste. So konnten zum Teil positive oder fast positive Resultat erwirkt werden. Letztes Jahr musste zum ersten Mal unter diese Fr. 250'000.00 gegangen werden. Die Verantwortung hat der Stiftungsrat, welchem ich bis Ende Jahr noch angehören darf, übernommen und sich überlegt, wie es in Zukunft weitergehen soll. Diese Zukunftsszenarien waren einerseits:

- Schliessung
- Fusion
- Weiterentwicklung
- Abholen von Subventionen bei der Stadt Dübendorf

Der Stiftungsrat hat gemeinsam mit dem Stadtrat gesagt, dass es das Beste wäre, jetzt die Gelegenheit zu nutzen, eine grundsätzliche Überprüfung von Synergien im „Bettli“ mit städtischen Leistungen und der WBK vorzunehmen. In diesem Zusammenhang haben wir noch keine Resultate. Genau darum braucht es eine entsprechende Erarbeitung der Grundlagen, für was der Kredit in der Investitionsrechnung verwendet werden soll. Dieser Kredit soll erörtern, welche dieser Varianten was bringt und ob die Weiterentwicklung tatsächlich für die Synergiekosten besser ist als andere Varianten und auch – was Investitionen auslösen würde – ob diese Kosten durch eine neue Ansatzidee refinanziert werden könnten. Wenn der Gemeinderat dies jetzt rausstreichen würde, würde er damit sagen, dass dieser Weg nicht mehr verfolgt werden soll. Was aber wäre die Alternative? Wir haben drei Stifter:

- Oberstufe
- Primarschule
- Politische Gemeinde Dübendorf

Diese haben die Stiftungsurkunde abgegeben und eine Stiftung kann nicht so einfach aufgelöst werden. Es würden zuerst die Verpflichtungen der Stifter kommen, wie bspw. die



Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten. De Facto würde dies dazu führen, dass die WBK – aktuell im „Bettli“ mit Fr. 250'000.00 Mietkosten bspw. zumindest Fr. 160'000.00 Kaltmiete und einen Teil des Restbetrags – diese Kosten den Stiftern verrechnen müsste und auch dürfte. Wenn die WBK dies so machen würde, wäre sie für die nächsten 2 bis 5 Jahre aus dem Schneider. Genau das, nämlich den einfachsten Weg zu gehen, wollten der Stiftungsrat und der Stadtrat nicht. Sondern man will wissen, wie das System zukunftsfähig sein könnte. Sollte sich herausstellen, dass die WBK nicht zukunftsfähig ist und somit eine grössere Defizitgarantie braucht, wird der Gemeinderat und das Volk am Schluss etwas zu sagen haben. Der beste Weg, um Transparenz erhalten zu können und aufzeigen zu könne, welches der beste Weg für die WBK und die Stadt ist, wäre, diesen Kredit stehen zu lassen. Wenn man ihn streichen würde, würde damit genau das Gegenteil erreicht werden. In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen des Stadtrates, des Stadtpräsidenten, der Primarschule und auch als Stiftungsrat dieser Kürzung nicht zuzustimmen.“

#### Stellungnahme Mitglieder Gemeinderat:

*Andrea Kennel (SP/Grüne)*

„Herzlichen Dank dem Finanzvorstand für diese Ausführungen. Selbstverständlich ist dieser Punkt auch in der GRPK diskutiert worden. In meinem Votum sagte ich, dass in der Diskussion klar geworden ist, dass der GRPK die Idee und das Ziel dieses Konzepts nicht ganz klar ist. Die Ausführungen von Patrick Walder haben gezeigt, dass dem auch wirklich so ist. Ich möchte jedoch noch eine Korrektur vornehmen: Es hat geheissen, das es um Fr. 160'000.00 gehen würde. Es geht heute jedoch um Fr. 50'000.00. Fr. 60'000.00 wurden bereits bewilligt und in den Vorjahren ausgegeben. Im Jahr 2014 wurden Fr. 50'000.00 für die neue Studie bereits eingeplant und wahrscheinlich grösstenteils auch bereits aufgegeben. Es würde also lediglich darum gehen, mit Einsparungen von Fr. 50'000.00 die bereits ausgegebenen Fr. 110'000.00 in den Sand zu setzen. Wir würden damit ein Projekt gefährden, von dem wir nicht wissen, um was es überhaupt geht. Das vorgeschlagene Vorgehen, mit dem Stadtpräsidenten zusammen zu sitzen und dort Fragen positionieren zu können, ist konstruktiv und besser. Damit würde kein Projekt gefährdet werden, von dem wir nicht einmal wissen, um was es überhaupt genau geht. Dazu kommt, dass es in der Investitionsrechnung beim Gebäude budgetiert wurde. Wenn man dies genau betrachtet, weiss man, dass nicht nur für die WBK die ganzen Fr. 50'000.00 verwendet werden, sondern für das ganze Gebäude „Bettli“.“

#### Abstimmung über den Streichungsantrag der SVP-Fraktion

*Konto 1090.5030.25 (Hochbauten) Liegenschaft Bettli, Entwicklungsplanung*

Antrag Stadtrat:	Fr. 50'000.00	H	24	Stimmen
Änderungsantrag SVP:	Fr. 0.00	H	10	Stimmen

**Der Streichungsantrag der SVP-Fraktion wird mit 24 zu 10 Stimmen abgelehnt.**

Keine weiteren Anträge zur Investitionsrechnung.

#### Zwischenabstimmung über die Investitionsrechnung:

Zustimmung Investitionsrechnung	36	Stimmen
Ablehnung Investitionsrechnung	0	Stimmen

**Der Investitionsrechnung wird mit 36 zu 0 Stimmen zugestimmt.**



## 2. Steuern

### Gemeinderatspräsident Patrick Schnider (SP/Grüne)

„Wir kommen nun zur Festlegung des Steuerfusses. Auf der Grundlage des 100 %-igen Steuerertrages von Fr. 61'300'000.00 beantragen der Stadtrat und die GRPK einen Steuerfuss von 86 %. Somit wird keine Änderung gegenüber dem Vorjahr beantragt.“

### Weitere Anträge / Allgemeine Diskussion:

Keine.

### Schlussabstimmung Steuerfuss

Zustimmung zum Antrag des Stadtrates und der GRPK mit einem Steuerfuss von 86 %	36	Stimmen
Ablehnung des Antrags des Stadtrates und der GRPK mit einem Steuerfuss von 86 %	0	Stimmen

**Der Gemeinderat hat für die Politische Gemeinde einen Steuerfuss von 86 Prozent festgelegt.**

### Schlussabstimmung Voranschlag 2015

Zustimmung zum Voranschlag 2015 (inkl. Änderungen in der Laufenden Rechnung / Investitionsrechnung) und einem Steuerfuss von 86 %	36	Stimmen
Ablehnung des Voranschlags 2015 (inkl. Änderungen in der Laufenden Rechnung / Investitionsrechnung) und einem Steuerfuss von 86 %	0	Stimmen

**Der Gemeinderat stimmt dem geänderten Voranschlag 2015 mit einem Steuerfuss von 86 Prozent mit 36 zu 0 Stimmen zu.**

### Beschluss:

Der Gemeinderat **beschliesst:**

- den Voranschlag 2015 des Politischen Gutes mit folgender Änderung in der Laufenden Rechnung zu genehmigen:  
*Konto 1095.3620 (Sport) Zweckverband Sportanlage Dürrbach, Betriebskostenanteil:*  
Erhöhung um Fr. 140'000.00 auf neu Fr. 152'700.00  
*Konto 1650.3660 (Betreuung von Kleinkindern) Beitragszahlungen*  
Erhöhung um Fr. 500'000.00 auf neu Fr. 1'200'000.00  
*Konto 1720.3642 (Bildung, Weiterbildung)WBK Dübendorf, Erstellung*  
*Entscheidungsgrundlage zukünftiger Leistungsauftrag:*  
Streichung von Fr. 50'000.00 auf neu Fr. 0.00
- eine Steuer für die Politische Gemeinde von 86 % zu erheben, berechnet auf der Grundlage eines mutmasslichen Steuerertrages zu 100 % von 61'300'000 Franken
- den Stadtrat zu ermächtigen, zur Realisierung von Projekten, für die entsprechende Beschlüsse vorliegen, die notwendigen Darlehen aufzunehmen.



Die Richtigkeit bescheinigt

Beatrix Peterhans  
Gemeinderatssekretärin